

Anton Maegerle

Bundeswehr und Rechte

Die von Bundesverteidigungsminister Friedrich-Theodor zu Guttenberg betriebene Reform der Bundeswehr, der Umbau in eine Freiwilligenarmee und die Reduzierung der Personalstärke, stößt in rechten bis rechtsextremen Kreisen auf wenig Gegenliebe. Auslandseinsätze zu humanitären Zwecken werden zumeist kategorisch abgelehnt. Die ultrarechte Szene steht der Bundeswehr zunehmend skeptisch bis strikt ablehnend gegenüber. Bis in die neunziger Jahre war jedoch das Gegenteil der Fall. Zahlreiche Traditionslinien und die personelle Kontinuität von der Wehrmacht zur Bundeswehr fanden Gefallen in rechten Kreisen. So diente der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, von der Kaiserzeit über Weimarer Republik und NS-Diktatur bis zur Adenauer-Ära in vier deutschen Armeen. Doch die Bundeswehr des Jahres 2010 ist nicht mehr die Kommissarmee der alten Tage. Ziffer 6 der Grundsätze für die Traditionspflege in der Bundeswehr besagt: »Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann keine Tradition begründen.« Der alte Kasernenton ist weitgehend verschwunden, und gegen rechtsextreme Umtriebe wird neuerdings vorgegangen. Öffentliche Proteste der Zivilgesellschaft haben zu zahlreichen Geschwader- und Kasernenumbenennungen geführt. »Namensstürmerei« ist dies aus Sicht der Ewiggestrigen. Dennoch ist trotz dieses Kurswechsels zu konstatieren, dass weiterhin viele Soldaten extrem rechte Einstellungsmuster zeigen, in manchen Schulungsmaterialien der Bundeswehr immer noch Bezug auf NS-Propagandisten genommen wird und hochrangige Militärs nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst in extrem rechten bzw. geschichtsrevisionistischen Zusammenhängen in Erscheinung treten.

NEIN ZUR »BRD-ARMEE«

Das neonationalsozialistisch ausgerichtete »Freie-Netz-Süd« (FNS) um Tony Gentsch startete im September zum Schulbeginn in Bayern eine Kampagne unter dem Motto »Sag Nein! – zur Bundeswehr!« Die Kampagne richtet sich unter anderem gegen die freiwillige Verpflichtung, in der »BRD-Armee als Zeitsoldat zu dienen«. Die Bundeswehrreform zielt nach Auffassung der Neonazis darauf ab, die »bundesrepublikanische Armee weiter zu einer imperialistischen Angriffsarmee umzubauen«. Während das FNS »Vaterlandsverteidigung« zur »Ehrensache« verklärt, wird andererseits der angebliche »Kriegsdienst für us-israelische Interessen« verdammt: »Deutsche dürfen nicht weiter als Kanonenfutter der so genannten ›westlichen Wertegemeinschaft‹ missbraucht werden. Die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Kapitals sollen die Politiker der herrschenden Klasse selbst übernehmen.« Deshalb, so das FNS, sei die »letztendliche Konsequenz« für »Deutsche, die es noch sein wollen«, nur die, »dem System die Gefolgschaft zu entziehen und den wie auch immer getarteten Wehrdienst ... nicht abzuleisten bzw. sich generell der Bundeswehr zu verweigern.«

Die Erklärung des FNS endet mit dem Aufruf: »Kein deutsches Blut für fremde Interessen – Imperialisten die Gefolgschaft kündigen!«

Ins gleiche Horn stößt das Flugblatt »Sag Nein zur Bundeswehr. Kein Deutsches Blut Für Fremde Interessen«, das der »Versand 100 %« zum Download anbietet. Ansprechpartner des NS-Devotionalienvertriebs ist ein T. Siebert im oberfränkischen Töpen; als Domaininhaber der Homepage tritt Gentsch in Erscheinung. Positiv wird in dem Flugblatt vermerkt, dass eine militärische Ausbildung »etwas Schönes und Wichtiges im Leben eines jungen Menschen sein« könne: »Der Dienst an der Waffe, die dort erlernte Disziplin, die Kameradschaft in einem zusammengewürfelten Haufen und auch etwas Abenteuer sind für Jugendliche selbstverständlich positive Aspekte des Wehrdienstes.« Dem »Wehrgedanken« und der »potentiellen Fähigkeit mit einer Waffe umgehen zu können«, bescheinigen die Neonazis »durchaus nationale positive Gesichtspunkte«. Erwähnenswert ist ihnen auch die Tatsache, dass der Aufbau der Bundeswehr weitgehend von »alten Haudegen aus der Wehrmacht oder gar aus der Waffen-SS« übernommen wurde: »In diesem Geiste wurde die Bundeswehr auch geformt und die Soldaten in dieser Tradition – mit einigen Abstrichen – auch geführt.« Heute jedoch hätten »durch die weitgehend vollzogene Umerziehung in der BRD antimilitaristische Kräfte eine schleichende Entmilitarisierung durchgesetzt.« Als »deutsche Nationalisten« können sie jedoch nur hinter einer Armee stehen, »die sich für die Interessen des deutschen Volkes und ausschließlich für diese einsetzt.«

Guttenbergs Reformpläne attackierte Eike Erdel, Oberleutnant der Reserve, im September in der »National-Zeitung«, der auflagenstärksten rechtsextremen Wochenzeitung: »Deutschland musste sich im Versailler Vertrag dazu verpflichten, die Wehrpflicht abzuschaffen und das Heer auf 100.000 Mann zu reduzieren. Mit einer solchen Armee sollte Deutschland gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges wehrlos gemacht werden. Ohne äußeren Zwang will nun Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die Bundeswehr so weit abrüsten, dass eine Verteidigung Deutschlands unmöglich wird.« Der Auffassung Erdels zufolge wird die Bundeswehr in Zukunft aus Streitkräften bestehen, »die nur noch für weltweite Einsätze geeignet sind. Zur Verteidigung der Heimat sind sie nicht in der Lage.« Das Bundesministerium der Verteidigung würde Erdel deshalb am liebsten in »Bundesministerium für NATO-Angelegenheiten und weltweite Militäreinsätze« umbenannt wissen. Der Jurist Erdel, Autor der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit«, wurde 1997 von der Wehrbereichsverwaltung »ausgeplant«, da er Mandatsträger der Partei Die Republikaner war.

Die Bundeswehrreform wird die bisherige sicherheitspolitische Logik »auf den Kopf stellen«, wenn »die Bundeswehr mit Priorität zur Interventionsarmee umgebaut« wird, meint der »Junge Freiheit«-Autor Michael Vollstedt, Generalmajor a. D. Deshalb verdiene die Sicherheitspolitik der schwarz-gelben Regierung »das Vertrauen der Bürger nicht«. 2005 gehörte Vollstedt zu den soldatischen Unterzeichnern einer Erklärung namens »Zum Jubiläum ›50 Jahre Bundeswehr««. Die Unterzeichner protestierten dagegen, dass der Bundesverteidigungsminister im Jubiläumsjahr der Bundeswehr den seit 1968 »in Ehren gehaltenen Traditionsnamen ›Mölders« gestrichen hat.« Mölders sei ein »weltweit hoch angesehenen Flieger« und »aufrichtiger Soldat, herausragender Offizier und vorbildlicher Vorgesetzter« gewesen. Die Unterzeichnenden »haben den Verdacht, dass heute alle Soldaten der Wehrmacht« diffamiert werden sollen. Eine Traditionsregelung, »die allein auf Widerstand im Dritten Reich oder Aufbaudienst in der Bundeswehr beruhen soll«, lehnen sie ab. Werner Mölders war einer der »erfolgreichsten« Jagdflieger des »Dritten Reichs«. Er meldete sich freiwillig zur »Legion Condor«, jener deutschen Einheit, die im Spanischen

Bürgerkrieg den späteren Diktator Franco gegen die frei gewählte »Volksfront«-Regierung unterstützte.

Ähnliche Ansichten wie Vollstedt bezüglich der Bundeswehrreform vertritt Dieter Farwick, Brigadegeneral a. D. In der »Preußischen Allgemeinen Zeitung«, dem Sprachrohr der Landsmannschaft Ostpreußen, tat Farwick kund: »Alle vom Verteidigungsminister vorgestellten Modelle zur zukünftigen Struktur und Ausstattung der Bundeswehr haben eines gemeinsam: Die Fähigkeit zur ›kollektiven Landesverteidigung‹ ... im Rahmen der Nato wird aufgegeben.«

Eine Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr auf weniger als 200.000 Soldaten entspricht den »deutschen Interessen kaum«, findet Gerhard Hubatschek, Oberst a. D., in der Oktober-Ausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift »Zuerst!«. Hubatschek bedauert, dass eine Diskussion über die »außenpolitischen nationalen Interessen Deutschlands nicht stattfindet.« Vor Jahren wehklagte er schon darüber, es sei ein Unding, dass die Wehrmacht bei den Alliierten »in ungleich höherem Ansehen stehe als hierzulande«. 1996 veröffentlichte der vormalige NPD-Bundesvize Felix Buck das Buch »Geopolitik 2000. Deutschland in der Welt am Vorabend des 3. Jahrtausends«. Sein besonderer Dank galt Hubatschek. Wie Buck war Hubatschek Teilnehmer bei Veranstaltungen des umstrittenen »Studienzentrums Weikersheim« (SZW).

Regelrecht verhasst ist in rechtsextremen Kreisen der Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten. Die Bundeswehr, so der NPD-Landesverband Bayern, sei heute »nicht mehr dazu da«, die »Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen«, sondern stattdessen als »Hilfstruppe der USA und des internationalen Großkapitals überall auf der Welt« eingesetzt zu werden. Die NPD weiter: »Die Bundeswehr ist ein Söldnerhaufen ohne Tradition und Zukunft«, der »nicht mehr den Interessen des Deutschen Volkes dient«.

Für »Einsätze im Interesse der USA und Israels« habe das »deutsche Volk immer weniger Verständnis«, verkündet der brandenburgische NPD-Landesvize Ronny Zasowk in der Oktober-Ausgabe der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme«. Nötig sei eine Armee, »die unser Volk schützt, kein Söldnerheer, das für Dollars und Schekel am Hindukusch vor die Hunde geht.« In der »National-Zeitung« ist zu lesen, dass die »Kriegspolitik von Merkel und Genossen zusammenbrechen« würde, wenn das »deutsche Volk bestimmen« könnte. Warum, fragt das Blatt, »sollen ausgerechnet wir Deutschen die Kastanien für eine längst zum Scheitern verurteilte Politik des Neokolonialismus aus dem Feuer holen?«

Sollen »deutsche Soldaten in diesen Einsätzen wirklich ihr Leben für vitale deutsche Interessen einsetzen«, zweifelt Jan Ackermeier, Verlagsbeauftragter der Deutschen Burschenschaft und zeitweilig Mitarbeiter diverser FPÖ-Nationalratsabgeordneter, in der österreichischen Wochenzeitung »Zur Zeit«, dem einstigen Schwesterblatt der »Jungen Freiheit«. Der »Verdacht«, so Ackermeier, »liegt nahe, daß man das Leben der Soldaten eher für die Interessen der USA aufs Spiel setzt.« Das rechtsextreme Internetportal »Gesamtrechts« fordert deshalb nicht nur den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, sondern stattdessen den Einsatz in heimischen Gefilden: »Die Bundeswehr wäre in den Brennpunkten der Großstädte, in U-Bahnen, Zügen, Discotheken und Fußballplätzen besser zielgerichteter eingesetzt als am Hindukusch.«

TIPPS VON DER WEHRMACHT

Bis 2009 erhielt jeder Bundeswehrsoldat, der zum Einsatz nach Afghanistan kam, ein Taschenbuch zur Vorbereitung. Zu den Empfängern dieses Taschenbuchs dürfte auch Ulrich

Kronenberg gehören, der als Militärpfarrer in der afghanischen Hauptstadt Kabul stationiert ist. Kronenberg lamentierte im September in einem Leserbrief an die »Junge Freiheit« über »unser orientierungslos gewordenes Volk«. An anderer Stelle in der »Jungen Freiheit« nahm Kronenberg Oberst Georg Klein in Schutz, der die verhängnisvolle Bombardierung auf den von den Taliban gestohlenen Tanklastern befohlen hatte. Die Kritik an Klein sei »populistische Entrüstungsmoral« und eine »medienwirksam veranstaltete Treibjagd«. Herausgeber und verantwortlich für den Afghanistan-Wegweiser, der den Soldaten Hilfe beim Verständnis des Landes geben sollte, war das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr. Im historischen Teil des Taschenbuches fand sich ein Aufsatz über die Rolle der Wehrmacht in Afghanistan mit dem Titel »Unternehmen Tiger«. Autor war der Ritterkreuzträger Dietrich Witzel (Jg. 1917), der einst der »Division Brandenburg« angehörte, einer berüchtigten Elitetruppe der Wehrmacht, bekannt für brutale Einsätze. Das »Unternehmen Tiger« im Jahr 1941 sollte dazu dienen, in Kabul einen Stützpunkt für geheimdienstliche Aktionen gegen Britisch-Indien einzurichten. Einer der dabei zu Tode gekommenen »Brandenburger«, Manfred Oberdörffer, wurde auf dem europäischen Friedhof in Kabul beigesetzt. Sein Grab wird heute von Kameraden des Kommandos Spezialkräfte (KSK) gepflegt, wie Witzel der rechts-extremen »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ) in einem Interview mitteilte. Das KSK ist eine militärische Spezialeinheit und ein Großverband auf Brigadeebene der Bundeswehr. 2006 wurde ein Foto öffentlich, das einen KSK-Geländewagen 2001 in Afghanistan zeigt, auf dessen Tür eine Palme mit Eisernem Kreuz gesprüht wurde. Hierbei handelt es sich um das nachgemachte Symbol von Hitlers Deutschem Afrika-Korps. Nachdem der Vorfall publik geworden war, meldete sich in der »Jungen Freiheit« General a. D. Hermann Hagen, zuvor stellvertretender Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, zu Wort. Süffisant schrieb er: »Da bleibt für die Linke und ihre Helfer im Bundestag einiges zu tun. Was ist mit dem Adler im Plenarsaal? Hatte der nicht früher ein Hakenkreuz in den Krallen?«

Die »Brandenburger« waren Vorbild von Brigadegeneral a. D. Reinhard Günzel, vormals Kommandeur der KSK, und General a. D. Ulrich Wegener, ehemals Chef der Bundesgrenzschutz-Spezialeinheit GSG 9. Gemeinsam mit dem Wehrmacht-Oberstleutnant Wilhelm Walther, dem letzten Kommandeur der »Brandenburger«, publizierten sie 2006 das Buch »Geheime Krieger«. Der Verlag Pour le Merite, in dem das Werk erschien, gehört zum Verlagsimperium des norddeutschen Rechtsextremisten Dietmar Munier. In dem Buch hatten Günzel und Wegener die von ihnen geführten Einheiten in die Tradition der »Brandenburger« gestellt. Beide Autoren »bekennen sich ohne Wenn und Aber dazu, daß ihr Traditionsverständnis nicht nur bis zum 8. Mai 1945 zurückreicht«, berichtet Munier. Günzel bemängelt in seinem Buchbeitrag, dass die Bundeswehr alte Wehrmachts-Traditionen kappt. Begriffe wie Pflicht, Leistungsbereitschaft, Kameradschaft und Tradition würden »nur noch in Sonntagsreden hochgehalten«. Wegener wiederum findet, Kameradschaft und Korpsgeist ließen sich »vor allem bei den Brandenburgern« studieren. Wegener gilt als »Held von Mogadischu«. In der somalischen Stadt leitete er 1977 den Einsatz der GSG 9 zur Befreiung der Geiseln in der von palästinensischen Terroristen entführten Passagiermaschine »Landshut«. Günzel führte von 2000 bis 2003 das KSK. Dann entließ ihn der damalige Verteidigungsminister Peter Struck, weil er in einem Brief an den damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann Sympathie für eine als antisemitisch in die Kritik geratene Rede geäußert hatte. Mit seinen »Gedanken«, so Günzel, habe Hohmann »der Mehrheit unseres Volkes eindeutig aus der Seele« gesprochen. Nach seinem Rauswurf aus der Bundeswehr trat Günzel mehrfach in rechtsextremen Zusammenhängen auf. Unter anderem war er Teil-

nehmer einer Jahrestagung der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« (OdR) und Referent beim NPD-nahen »Freundeskreis ›Ein Herz für Deutschland««. Der Deutsche Bundeswehrverband, ein Interessenverband aktiver und ehemaliger Soldaten der Bundeswehr sowie ihrer Familienangehörigen und Hinterbliebenen, warb 2006 in seiner Zeitschrift »Die Bundeswehr« für das Buch »Geheime Krieger«. Dem Verband gehören rund 200.000 Mitglieder an.

Als Quellenfund zur einsatznahen Ausbildung von Bundeswehrekampftruppen für die Kriegführung wurden bis in die jüngste Zeit Texte von Paul Karl Schmidt (alias Paul Carell) in den vom Heeresamt der Bundeswehr herausgegebenen »Hilfen für den Gefechtsdienst. Einsatznah ausbilden« genutzt. Der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Pressechef des Auswärtigen Amtes Schmidt war einer der jüngsten und zugleich bedeutendsten Propagandisten der NS-Zeit. Nach 1945 avancierte er unter seinem Hauptpseudonym Paul Carell zum erfolgreichsten Autor von geschichtsrevisionistischen Büchern wie »Unternehmen Barbarossa« über die »großen Schlachten« des Zweiten Weltkriegs. Schmidt alias Carell hat mit seinen Bestsellern zum Zweiten Weltkrieg das Bild vom Krieg der Wehrmacht als sauberem, kameradschaftlichen und heldenhaften Kampf geprägt, wie der Karlsruher Historiker Wigbert Benz schon vor Jahren aufdeckte.

In die öffentliche Kritik geriet 2010 der Militärhistoriker Wolfgang Fleischer, Fachgebietsleiter Militärtechnik im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr in Dresden und Gastdozent für historische Kampfmittel an der Sprengschule Dresden. Fleischer hatte sein neuestes Buch mit dem Titel »Sachsen 1945« ausgerechnet im Verlag der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« veröffentlicht. Der Beamte des höheren Dienstes ist Autor einer ganzen Reihe von Büchern und Aufsätzen zu Waffen, Munition, Kampfmitteln und Heeresfahrzeugen. Szene-bekannt ist Fleischer auch als Interviewpartner und Gelegenheitsautor der »Deutschen Militärzeitschrift«.

HÖCHSTRANGIGER MILITÄR

Im Frühjahr 2010 lieferte Erich Vad, höchstrangiger Militär im Kanzleramt, bundesweite Schlagzeilen. Frühere Kontakte zur Neuen Rechten rückten ihn ins Zwielflicht. Die Neue Rechte bemüht sich um eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus und beruft sich auf die Konservative Revolution der Weimarer Republik. Diese antidemokratische Strömung wollte den Weimarer Verfassungsstaat delegitimieren und das politische System grundlegend verändern. CDU-Mitglied Erich Vad, Brigadegeneral des Heeres, steht seit April 2007 als Leiter der Gruppe 22 »Bundesministerium der Verteidigung; Bundessicherheitsrat« der Außen- und Sicherheitspolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt vor. Der Posten gilt als militärpolitische Schlüsselstelle. Der Gruppenleiter 22 arbeitet Christoph Heusgen, dem außenpolitischen Berater von Kanzlerin Merkel, zu. Vad, von 2001 bis 2006 außen- und sicherheitspolitischer Referent der CSU, griff mehrfach für die »Junge Freiheit« zur Feder. So attackierte er in dem Blatt die Wehrmachtsausstellung. In dieser, so Vad, sei »nicht hinreichend erkennbar, daß vieles, was damals – insbesondere im Partisanenkrieg und bei Repressalien sowie Geiseler-schießungen – geschah, vom damaligen Kriegsrecht gedeckt war.« Vad weiter: »Wie viele Tausende deutscher Stabsärzte haben keine Experimente mit Kriegsgefangenen durchgeführt, sondern sich aufopferungsvoll für die Verwundeten, auch der Roten Armee, eingesetzt? Und: Wie viele Hunderte deutscher Regimenter haben tapfer und fair gekämpft? Sicherlich: Pflichterfüllung und fairer Kampf sind nicht die Themen der Aus-

stellung. Aber dennoch: Darf man eine Ausstellung, insbesondere mit Blick auf noch lebende Angehörige der Kriegsgeneration, so puristisch, schonungs- und rücksichtslos, also eben typisch deutsch, in Szene setzen?« 2003 stand Vad dem »Institut für Staatspolitik« (IfS), einem neurechten Think Tank mit Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt, als Referent zur Verfügung. Vad sprach zum Thema »Gedanken über ›Friedenssicherung und Geopolitik im Denken Carl Schmitts«. Nordrhein-westfälische Verfassungsschützer notierten 2002 im Kapitel »Rechtsextremismus« ihres Jahresberichtes über das Privat-Institut: »Ziel des IfS ist die Bildung ›geistiger Eliten«. In Broschüren wurde auf antidemokratische Ideologen, insbesondere der Konservativen Revolution, rekuriert und versucht, deren staatsphilosophische Erklärungsmuster weiterzuentwickeln.« Laut IfS zerlegte Vad in seinem Referat »Joschka Fischer mit Carl Schmitt, ohne sich durch die zeitweilige Nähe Schmitts zum NS dessen Denken von vornherein zu verbieten.« »Schmitts Nationalismus und sein Eintreten für einen starken Staat« lassen sich, so Vad in einem Artikel für das IfS-Sprachrohr »Sezession«, »ebenso erklären wie seine Entscheidung zu Gunsten der staatlichen Ordnung, die notfalls unter Bruch der Verfassung gewahrt werden sollte, oder seine Entscheidung für eine zeitweise Kollaboration mit dem NS-Regime, das allein in der Lage schien, den vollständigen Zusammenbruch zu verhindern.« Schmitt, antidemokratischer Staatsrechtler und Gegner des Parlamentarismus, gilt als einer der intellektuellen Zerstörer der Weimarer Republik und als »Kronjurist« der Nazis. Der NS-Parteigänger präsentierte sich als rabiaten Antisemit. Nach 1949 verspottete Schmitt die im Grundgesetz festgelegten Grundrechte als »unveräußerliche Eselsrechte«. Schmitts Denken und das Grundgesetz, so der emeritierte Hochschulprofessor der Bundeswehr-Universität Hamburg, Wolfgang Gessenharter, lassen sich »in keiner Weise in Harmonie« bringen. »Wer sich in die ideologische Nachfolge Carl Schmitts stellt«, so Gessenharter, »kann nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung unterstützen.«

Zwischenzeitlich von der Homepage der extrem rechten »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG) verschwunden ist Vads Rezension des 1995 in der rechts-extremen Verlagsgesellschaft Berg erschienenen Buches »Erich Ludendorff in seiner Zeit« des Militärhistorikers Franz Uhle-Wettler. Ludendorff war neben Paul von Hindenburg einer der beiden Militärdiktatoren, die Deutschland zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 beherrschten. 1923 nahm Ludendorff am Hitler-Putsch in München teil. Vad bescheinigt Uhle-Wettler in seiner Rezension, dieser habe »überzeugend« nachgewiesen, »dass es bereits im Ersten Weltkrieg ... um Sein oder Nicht sein des deutschen Reiches ging. ... Damit war für Ludendorff in einem sehr frühen Stadium des Krieges klar, dass es bei zu führenden Kampf gegen eine gewaltige personelle und materielle, Übermacht an Feinden um die politische Existenz, die Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit seines Landes ging, daher auch sein kompromißloser und sich selbst nicht schonender Führungsstil« (Fehler im Original). Erfreut zeigt sich Vad darüber, dass Uhle-Wettler »frei von den Einseitigkeiten historischer Schuldzuweisungen« die militärpolitische Lage des Kaiserreichs nachzeichne, »umgeben von Nationen, deren Einfluß und Interessenpolitik dem Kalkül des Machtzuwachses und der rücksichtslosen Machtvertretung nach außen unterworfen war.« Uhle-Wettler gehört nach Vads Einschätzung zur »Avantgarde von Historikern, die trotz des fatalen Verlaufs der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts um ein faires und ausgewogenes Urteil bemüht bleiben. Mit seiner engagiert und spannend geschriebenen Biographie korrigiert er darüber hinaus nicht nur das Bild eines umstrittenen Soldaten, sondern auch die Bewertung einer schicksalsträchtigen Periode deutscher Geschichte.«

ULTRARECHTE MILITÄRS

Der von Vad hoch gelobte Generalleutnant a. D. Franz Uhle-Wettler kommandierte die 5. Panzerdivision der Bundeswehr und leitete zuletzt das Nato Defense College in Rom. Später stand er als sicherheitspolitischer Berater der Partei Die Republikaner zur Seite. In der »Jungen Freiheit« verkündete er: Wer den deutschen Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 »als gesicherte historische Wahrheit darstellt, der ist nicht ernst zu nehmen.« 2010 äußerte sich Uhle-Wettler in dem rechtsextremen Monatsmagazin »Zuerst!« über die Hintergründe des »Feldzuges« gegen Frankreich.

Ebenfalls in rechtsextremen Kreisen aktiv ist Uhle-Wettlers jüngerer Bruder Reinhard, Brigadegeneral a. D., zuletzt Divisionskommandeur der 1. Luftlandedivision Bruchsal. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg notierte über einen seiner Auftritte vor Verbindungsstudenten: »Unter dem Beifall der Anwesenden behauptete er u. a., daß eine Herrschaftsclique aus wirklichkeitsfern denkenden und machtbesessenen Politikern in undemokratischer Weise gegen die Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung herrsche und sich dabei auf die Meinungsmache und Verlogenheit der Medien stütze. Große Teile des Staates seien korrupt, die Überfremdung Deutschlands und der Ausverkauf der Nation schreite voran.« Reinhard Uhle-Wettler ist Herausgeber einer im rechtsextremen Arndt-Verlag von Dietmar Munier erschienenen »Festschrift« für den Holocaustleugner David Irving mit dem Titel »Wagnis Wahrheit. Historiker in Handschellen?«. In seinem Vorwort schreibt Uhle-Wettler: »Auf der Grundlage der Geschichtsschreibung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wird ein offizielles Geschichtsbild festgelegt und politisch verbindlich gemacht. Dem besiegten deutschen Volk wird – wie schon nach dem Ersten Weltkrieg – die Alleinschuld für den Zweiten Weltkrieg und alle damit zusammenhängenden Verbrechen auferlegt.« Hoffnungsvoll heißt es weiter: »Nun zeigt gerade diese Festschrift für einen ausgewiesenen Revisionisten«, dass es »viele aufrechte Deutsche gibt, die sich keinen Maulkorb umhängen und auch kein Schreibverbot« auferlegen lassen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der »Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft« (SWG) verfasste Uhle-Wettler 2003 einen Offenen Brief an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In diesem beklagt er sich darüber, dass »schnell und rücksichtslos der Stab« über den »unbescholtenen« CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann »gebrochen« worden sei.

Leiter der Hamburger Sektion der SWG ist Manfred Backerra, Oberst a. D. und ehemaliger Chefdozent des Militärischen Nachrichtenwesens an der Führungsakademie der Bundeswehr. In einem Artikel für die »Junge Freiheit« stellte er fest, Hitler habe sich zum »erklärten Vernichtungskrieg gegen die sowjetischen Führungskader – nicht gegen das Volk – ... gezwungen« gesehen. Der »Polenfeldzug«, so ein Artikel Backerras in der »Preußischen Allgemeinen Zeitung«, war »das Ergebnis 20-jähriger Spannungen, denen Polens übersteigter Nationalismus zugrunde lag«. Backerra weiter: »Alle Friedenssignale Hitlers und seine Bereitschaft, sich auf den Gewinn Danzigs und des Korridors zu beschränken, stießen aus vorwiegend innenpolitisch-machttaktischem Kalkül der westlichen Regierungen auf Ablehnung. So war aus deutscher Sicht der Frankreichfeldzug zur Überwindung der Pattsituation notwendig.«

Bundesverdienstkreuzträger Christian Millotat, Generalmajor a. D., veröffentlichte 2009 beim rechtsextremen Druffel & Vowinkel-Verlag das Buch »Eliten der Bundeswehr im Einsatz. Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst – Wurzeln, Erbe, persönliche Erfahrungen«. Der 2004 in den Ruhestand verabschiedete Millotat diente der Bundeswehr unter anderem als Bataillonskommandeur, leitender Dozent an der Führungsakademie der

Bundeswehr, Stellvertreter des Kommandeurs der UN-»Kosovo-Force« und zuletzt als Sicherheitsbeauftragter für Bosnien und Herzegowina. Der NPD-Spitzenfunktionär Karl Richter lobte in der Szene-Zeitschrift »Nation & Europa« die »ausführlichen historischen Exkurse« von Buchautor Millotat »auch deshalb«, weil dieser »die ansonsten üblichen Stereotypen der ›political correctness‹ weitgehend ausblendet«. Ende 2010 veröffentlichte die rechtsextreme Zeitschrift »Deutsche Geschichte« einen Aufsatz Millotats über »Erbe und Einfluss« von Generalmajor Carl von Clausewitz. 2008 hatte Millotat, Interviewpartner der »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ), erstmals als Referent einer geschichtsrevisionistischen Veranstaltung szenewirksam auf sich aufmerksam gemacht.

Mit einem Vorwort in dem Buch »Eliten der Bundeswehr im Einsatz« ist General a. D. Klaus Reinhardt vertreten. DMZ-Interviewpartner Reinhardt, der seit April 2001 seinen Ruhestand genießt, war Kommandeur der Bundeswehr-Führungsakademie, Chef des Heeres-Führungskommandos und zuletzt Oberbefehlshaber der NATO-Landesstreitkräfte in Mitteleuropa. Als erster Deutscher kommandierte er die 50.000 Soldaten der internationalen Friedenstruppe im Kosovo. Noch während seiner Amtszeit trat Reinhardt bei zweifelhaften Veranstaltungen auf. So war er 2000 Redner beim Gebirgsjägertreffen, der größten soldatischen Feier in der Bundesrepublik, die alljährlich im bayerischen Mittenwald stattfindet. Wehrmachtveteranen und Bundeswehrsoldaten gedenken bei dem Aufmarsch der gefallenen Gebirgsjäger beider Weltkriege. Die Gebirgsjäger waren am Vernichtungskrieg der Wehrmacht beteiligt. 1943 ermordeten sie auf der griechischen Insel Kephallonia mindestens 4.000 italienische Kriegsgefangene. Reinhardt, selber Gebirgsjäger, rühmte in seiner Rede: »Die Gebirgstruppe der Bundeswehr ist von Männern aufgebaut und geistig ausgerichtet worden, die als Kommandeure, als Kompaniechefs und Kompaniefeldwebel die schreckliche Erfahrung des Krieges und der Diktatur am eigenen Leib erlebt und durchlitten haben. Sie haben die Uniform wieder angezogen, um uns, der nachfolgenden Generation, das Koordinatensystem ihrer Werteordnung« weiterzugeben. Reinhardt weiter: »Diese Männer waren unsere Vorbilder, und sie repräsentieren eine ganze Generation von Wehrmachtssoldaten. Sie verdienen unseren Respekt genauso wie die vielen anderen Soldaten, die aus ihrer damals begrenzten Kenntnis der Vorgänge heraus im guten Glauben ehrenhaft gehandelt und gekämpft haben. Bei der Pflege dieser Tradition und ihrer Weitergabe an die nächste Generation hat der Kameradenkreis der Gebirgstruppe sein ganz besonderes Verdienst.« Auch bei einem Jahrestreffen der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger«, zu der der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping alle Beziehungen kappte, wurde Reinhardt gesehen.

Ein bekannter Geschichtsrevisionist, der den Nationalsozialismus verharmlost und die deutsche Schuld am Entstehen des Zweiten Weltkrieges leugnet, ist Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof, zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich Niedersachsen/Bremen. 1996 verließ Schultze-Rhonhof die Bundeswehr aus Protest gegen die Wehrdienstzeitverkürzung. Er ist Verfasser des geschichtsrevisionistischen Bestsellers »1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg«. Kernthese des Buches ist, Hitler sei lange Zeit als moderater »Mann des Friedens« aufgetreten und bis in den September 1939 lediglich an der Lösung der deutschen Minderheitenfrage interessiert gewesen. Zum Weltkrieg sei es wegen den sturen Polen und der vereinten Kriegstreiberei Großbritanniens, der USA, Frankreichs und der Sowjetunion gekommen. Bei seinen Erkenntnissen beruft sich Schultze-Rhonhof unter anderem auf den Holocaustleugner Paul Rassinier. Das Pamphlet von Schultze-Rhonhof rechnet die konservative Tageszeitung »Die Welt« dem »Stoff, aus dem die Mythen sind« zu, da darin behauptet wird, »Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht aus

eigenem Willen begonnen, sondern sei gewissermaßen in den Krieg »gezwungen« worden.« Schultze-Rhonhofs »dürre Bilanz stellt die Ergebnisse der seriösen Forschung auf den Kopf«, urteilte die konservative »Frankfurter Allgemeine Zeitung« unter der Überschrift »Abstruses zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs«.

BUNDESWEHR – QUO VADIS?

Im März 2010 stellte das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr die »Ergebnisse der Studentenbefragung an den Universitäten der Bundeswehr Hamburg und München 2007« vor. Befragt wurden 2.300 Studierende, allesamt junge Offiziere. Es ergab sich, dass 13 Prozent der Studenten Politikzielen der Neuen Rechten zustimmen. 38 Prozent stimmen der Forderung zu, die Bundesrepublik solle wieder von einer starken Elite geführt werden. 25 Prozent begrüßen, die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland zu stoppen. Elf Prozent der jungen Offiziere sind dafür, die Macht des Parlaments einzuschränken. Etwa die Hälfte der Studierenden lässt »deutliche Zweifel an der Ausgestaltung unseres parlamentarischen Systems« erkennen. Angesichts dieser Umfragewerte jubilierte die rechtsextreme Monatszeitschrift »Die Aula«: »Allen Namensstürmereien bei Kasernen, aller Traditions-kappungen und statuierten Exempeln zum Trotz, die Umfrage und das postdienstliche Engagement von zum Teil führenden Offizieren in konservativen Strukturen jenseits der political correctness weist auf ideelle Kerne hin, die in der ethischen Trümmerlandschaft der Postmoderne – vor und hinter den Kasernentoren – existieren. In den Krisen des 21. Jahrhunderts können sie neue Kraft gewinnen, sobald dessen Realität die Herrschaft der Tabus beendet, denn die Realität ist rechts und bestätigt schon heute vieles von dem, was noch vor wenigen Jahren als rechtsextrem stigmatisiert wurde.« Vor dem Hintergrund der Studentenbefragung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr ist nicht auszuschließen, dass der Umbau der Streitkräfte in eine Freiwilligenarmee den Beginn eines – auch öffentlich bekundeten – Rechtsschwenks bei Führenden und Geführten markieren könnte.